Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)

Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten

Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte

Dieter Baacke Preis
Handbuch 20

Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)

Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten

Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte

Beiträge aus Forschung und Praxis

Prämierte Medienprojekte

kopaed (München)
www.kopaed.de

Friederike von Gross/André Weßel (Hrsg.)

Haltung zeigen, Gesellschaft gestalten

Mit Medienpädagogik für Demokratie und Menschenrechte

Kreativ und kritisch mit Hörmedien in der Medienpädagogik

Beiträge aus Forschung und Praxis – Prämierte Medienprojekte

Dieser Band wurde gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Herausgeber

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (GMK)

Anschrift

GMK-Geschäftsstelle
Obernstr. 24 a
33602 Bielefeld
fon 0521/677 88
fax 0521/677 92
email gmk@medienpaed.de
homepage www.gmk-net.de

Redaktion

Dr. Friederike von Gross
André Weßel
Tanja Kalwar

Lektorat

Tanja Kalwar

Titelillustration

kopaed

Druck

Memminger MedienCentrum, Memmingen

© kopaed 2025
Arnulfstraße 205
80634 München
fon 089/688 900 98
fax 089/689 19 12
email info@kopaed.de
homepage www.kopaed.de

ISBN 978-3-96848-770-0

Positionspapier der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) – Stand Oktober 2024

Demokratie (mit-)gestalten

Politische Medienbildung als Schnittstelle von Medienpädagogik und Politischer Bildung

Das Positionspapier thematisiert die Schnittstelle von Medienpädagogik und Politischer Bildung in einer zunehmend digitalisierten Welt. Es betont die zentrale Rolle der Medienpädagogik bei der Stärkung demokratischer Strukturen und der Förderung einer mündigen Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen. Insbesondere hervorgehoben wird das Zusammenspiel von

- *subjektbezogener Ebene,*
- *sozialer Ebene und*
- *gesamtgesellschaftlicher Ebene.*

Ziel ist, den aktuellen politischen Herausforderungen, wie z.B. Desinformation, zu begegnen und Hassrede sowie Polarisierung entgegenzuwirken. Das Papier stellt zudem konkrete Ansätze vor, wie Kinder, Jugendliche und Erwachsene in ihrer Fähigkeit gestärkt werden können, aktiv und kritisch am politischen Diskurs teilzunehmen.

Politik in demokratischen Gesellschaften ist eine öffentliche Angelegenheit (res publica). Zentral dafür ist eine medial hergestellte Öffentlichkeit, über die sich gesellschaftliche Gruppen gegenseitig beobachten und politische Aushandlungsprozesse stattfinden können. Diese medial hergestellte Öffentlichkeit ist ein zentraler Gegenstand von Medienbildung und Medienpädagogik in Forschung und Praxis, die entsprechende Prozesse kritisch und aktiv mitgestalten.

Die technischen Entwicklungen im Bereich der Informationsverarbeitung, der Wandel der Debattenkultur im Netz und die zunehmende Bedeutung von Desinformation und Polarisierung bestärken aus unserer Sicht die Notwendigkeit einer medienpädagogischen Perspektive Politischer Bildung. Deren Ziel ist die Stärkung demokratischer Strukturen im Kontext fortschreitender Mediatisierung, damit mündige Bürger*innen gesellschaftlich handlungsfähig sind und an Diskursen teilhaben können.

Politische Medienbildung fördert Demokratiekompetenz im Sinne der Befähigung zur Teilhabe an und Gestaltung von gesellschaftlichen Diskursen in, mit und durch Medien und digitale Systeme. Sie macht Kommunikationsrisiken sichtbar, unterstützt die kritisch reflektierte Aneignung von Medien und die Reflexion von Nachrichten und Informationen. Sie trägt dazu bei, Zusammenhänge zwischen medialen Diskursen und Politik zu verstehen, und befähigt Kinder, Jugendliche und Erwachsene dazu, sich eine Meinung zu bilden und in Diskursen einen Standpunkt einzunehmen. Sie stärkt marginalisierte Gruppen in ihrer medialen Wahrnehmbarkeit und hilft, die Strukturen rassistisch, sexistisch, antisemitisch und queerfeindlich diskriminierender Kommunikation im Netz aufzudecken und dabei gegenüber digitalen Diskursen kritisch zu bleiben und Strategien gegen Hass und Hetze zu entwickeln.

Die Praxis Politischer Medienbildung umfasst dabei diverse Handlungsfelder, von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über die schulische und außerschulische Jugendmedienbildung bis zur Erwachsenenbildung, und zielt darauf ab, die Möglichkeiten freier, vielfältiger und diverser Öffentlichkeiten aufzuzeigen und die Chancen zur Partizipation in einer Kultur der Digitalität erfahrbar zu machen. Als Verbindung aus Politischer Bildung, Medienbildung und Medienpädagogik fokussiert Politische Medienbildung die politischen Dimensionen des gesellschaftlichen und medialen Wandels und die daraus abgeleiteten Anforderungen an Medienkompetenzförderung.

Die zentralen Ziele Politischer Medienbildung sind gesellschaftliche Handlungsfähig-

keit, Mündigkeit und (digitale) Teilhabe. Um diese zu erreichen, muss Medienkompetenzförderung Bürger*innen befähigen, ihr Leben in und mit Medien und digitalen Systemen selbstbestimmt gestalten zu können.

Die Ausprägung von Medienkompetenz ist dabei von drei Ebenen bestimmt:

1. einer subjektbezogenen Ebene, auf der subjektbezogene Kompetenzen als Zielvorstellungen Politischer Medienbildung die (medien-)pädagogische Arbeit leiten,
2. einer sozialen Ebene, auf der die sozialen Bezüge der Subjekte und neue gesellschaftliche Herausforderungen durch den digitalen Wandel gefasst werden, und
3. einer gesamtgesellschaftlichen Ebene der (politischen) Herausforderungen und Rahmenbedingungen, auf die Subjekte nur vermittelt Einfluss nehmen können, die aber zur Durchsetzung und Lösung von Interessen, Bedarfen und Herausforderungen bedeutend sind.

Ad 1) Zielvorstellungen Politischer Medienbildungsangebote – subjektbezogene Ebene

Ob Aufklärung über Desinformation, Umgang mit Verschwörungserzählungen und Hass im Netz oder der Umgang mit Bildern in Social Media: Politische Medienbildung macht Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten einer freien, vielfältigen und diversen Öffentlichkeit und die Chancen zur Partizipation in einer Kultur der Digitalität erfahrbar. Damit trägt sie entscheidend dazu bei, die Zusammenhänge zu verstehen und diese in verschiedene Handlungsfelder der Bildungsarbeit zu implementieren. Ausgangspunkt für eine demokratiefördernde medienpädagogische Bildungsarbeit sind auf das Subjekt bezogen drei zentrale Zielvorstellungen bzw. Kompetenzbereiche:

Informations- und Datensouveränität[1]

In einer demokratischen Gesellschaft bildet der verantwortungsvolle, sprich souveräne Umgang mit Informationen und Daten die Grundlage politischen Handelns. Immer neue Medientechnologien sowohl im öffentlichen Raum als auch in Privathaushalten führen zu neuen Fragen der Selbst- und Fremdbestimmung, der souveränen Lebensführung, der Technikfolgenabschätzung und Medienmündigkeit.

Informationssouveränität versetzt Menschen in die Lage, Informationen aufzunehmen, auszuwählen und zu bewerten, Falschinformationen zu erkennen und auszusortieren und die für sie relevanten Informationen als Grundlage für ihre Zwecke und für demokratisches Handeln einsetzen zu können.

Datensouveränität bezieht sich darauf, dass Menschen die Möglichkeiten der Datenspeicherung, Datennutzung und Datenverarbeitung kennen und in der Lage sind, den Umgang mit ihren Daten zu bestimmen und über deren Weitergabe zu entscheiden. Hinzu kommen Fragen nach Arten der Datenverwertung und (tatsächlichen oder empfundenen) Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte.

Informations- und Datensouveränität bedeutet also, sich dieser Bedingungen bewusst zu sein, um reflektiert an gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen teilhaben zu können. Daher muss Politische Medienbildung Ansätze für eine kritische Auseinandersetzung mit den komplexen Prozessen der Informations- und Datenverarbeitung bieten.

Artikulations- und Dialogfähigkeit

Gerade die Fähigkeit, sich kreativ mit digitalen Medien – insbesondere in Social Media – zu artikulieren, ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, sowohl Selbstwirksamkeit zu erfahren und sich selbst *und* ihrer Lebenswelt bzw. sich selbst *in* ihrer Lebenswelt Ausdruck zu verleihen als auch sich öffentlich politisch zu äußern, an gesellschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben und politische Wirkung zu entfalten, indem sie für sich und ein Thema einstehen. Dazu gehört, sich auf verschiedene Standpunkte einzulassen und in der Interaktion eigene Meinungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Eine besonders wichtige Form der Beteiligung bietet dabei die Kommunikation in Social Media, gleichzeitig

aber auch ein hohes Gefährdungspotenzial für Hass und darauffolgenden Rückzug[2].

Menschen aller Altersgruppen, insbesondere Kinder und Jugendliche, brauchen deshalb Fertigkeiten im Umgang mit Social Media und Kenntnisse über deren Funktionsweisen, Gestaltungsprinzipien, Reichweitengenerierung etc., um Social-Media-Plattformen als Ort der Vernetzung und des demokratischen Diskurses nutzen, Manipulation erkennen sowie Räume und Grenzen mitgestalten und sich für diese Räume einsetzen zu können. Artikulations- und Dialogfähigkeit zu fördern, beinhaltet deshalb auch, Fähigkeiten zur Erlangung von Reichweite, beispielsweise für Kampagnenarbeit, zu stärken, Potenziale der extensiven Möglichkeiten der Vernetzung für einen demokratischen Diskurs zu vermitteln oder Strategien zur Reichweite und Manipulation durch extremistische Akteur*innen zu thematisieren.

Kritik- und Urteilsfähigkeit

Demokratien leben vom aktiven Diskurs. Argumente, Meinungen, Kritik, Lob, Probleme und Lösungen werden ausgehandelt, es wird widersprochen, zugestimmt, bestärkt und zu bedenken gegeben. Auf der Grundlage dieses Austausches können entsprechende Urteile artikuliert, gesellschaftspolitische Probleme offenbart und bearbeitet werden. Das Gegenteil eines demokratischen Diskurses sind pauschale menschenverachtende Diffamierungen, Hass und Hetze, Desinformation und Verschwörungserzählungen.

Neue Formen von Desinformation und Hass im Netz erfordern eine neue normative Entschiedenheit, um Vielfalt abzusichern und Kindern und Jugendlichen sowohl die Herausbildung eines persönlichen Wertesystems zu ermöglichen als auch ihre Mündigkeit und Urteilskraft zu stärken. Das erfordert Zeit zum Lernen sowie Bildungskonzepte, die eine adäquate Auseinandersetzung mit kommunizierten Werthaltungen und Normen in der Interaktion mit anderen stärken. Vor allem gilt es, Kinder und Jugendliche darin zu unterstützen, Meinungskonflikte (spielerisch) auszutragen, konstruktiv Kritik zu äußern und annehmen zu können. Sie brauchen deshalb eine stabile Basis der Orientierung und Reflexion, wenn sie am Diskurs souverän und selbstbestimmt teilnehmen wollen.

Politische Medienbildung stärkt die allgemeine Kritik- und Urteilsfähigkeit und befähigt dazu, Gegenstrategien zu antidemokratischen, menschenverachtenden und diffamierenden Äußerungen sowie Werte und Normen für Kritik- und Urteilsfähigkeit situiert einzuüben.

Ad 2) Soziale Bezüge und neue gesellschaftliche Herausforderungen – soziale Ebene

Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit stehen im Spannungsfeld subjektiver Interessen und Kompetenz einerseits sowie sozialer Verantwortung und sozialer Abhängigkeiten in der eigenen Lebenswelt andererseits. Politische Medienbildung trägt daher über die subjektbezogene Kompetenzförderung hinaus dazu bei, die Vielfalt von Positionen und Interessenslagen zu politischen Themen wahrnehmbar zu machen sowie (digitale) Medienmonopole und deren Konsequenzen für die Demokratie zu beurteilen.

Ergänzend zur subjektbezogenen Kompetenzförderung geht es in der Politischen Medienbildung auch um Handlungsfelder, die besonders deutlich nur in Bezügen zu Gruppen und Kollektiven herausgebildet werden können und deren erfolgreiche Ausbildung stark davon abhängt, inwiefern die Sozialbezüge das zulassen. Konflikte werden medial befeuert, gehen einher mit Strategien, die sich vor allem auf Affekte richten, und sind ein Grund für Polarisierung und „Frontenbildung" sowie gruppenbezogene Ausgrenzung und Abwertung. Hier muss der Blick also auf kommunikative Kompetenz in Bezug auf gesellschaftspolitische Konflikte, die im Netz ausgetragen werden, ergänzt werden um soziale und affektive Dimensionen – Letztere vor allem im Hinblick auf Affekte, die in sozio-medialen Interaktionen entstehen. Weil sich besonders soziale und affektive Dimensionen vor allem in Sozial-

bezügen erlernen lassen und ihre aktuelle Relevanz ganz besonders digital vermittelte Sozialbezüge betrifft, die auch auf pädagogischer Ebene Anpassungen erfordern, stellen sich für die Politische Medienbildung unterschiedlich gelagerte Fragen:

In Bezug auf die Rolle von Pädagog*innen
Was macht sie aus, wenn sie stärker zu Gefährt*innen und Begleiter*innen von Bildungsprozessen werden? Wie können und sollten sie sich in aktuellen politischen Diskussionen positionieren und ihre Haltungen selbst zum Gegenstand von Diskussionen machen?

In Bezug auf die pädagogische Praxis
Was ist nötig, damit Selbstermächtigung und Urteilsbildung ermöglicht werden? Was wird benötigt, damit Einzelne sowohl individuelle Handlungsoptionen entwickeln können, die im demokratischen Miteinander ihren Platz haben, als auch politische Abhängigkeiten und Prozesse und wie sie zu beeinflussen sind verstehen lernen?

In Bezug auf die Einbindung des Subjekts in Gruppen
Welche Rolle spielt soziales Lernen, spielen Subjekte als Teile von Gruppen, mit denen sie sich selbst identifizieren oder mit denen sie von anderen identifiziert werden? Welche Rolle spielen Debattenkultur und Konfliktfähigkeit im Netz? Und welche Befähigungsziele entziehen sich hier der subjektiven Beeinflussung?

Insbesondere im Kontext der Einbindung des Subjekts in soziale Gefüge spielen Orientierung und Reflexion als voraussetzungsvolle Dimensionen der Politischen Medienbildung eine zentrale Rolle. Die Aufgabe der Politischen Medienbildung besteht darin, die Lebenswelt der Adressat*innen aufzugreifen, ihre Bedürfnisse, Wünsche und Motive zu identifizieren und ihnen Möglichkeiten einer unabhängigen und mündigen Medienaneignung aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Vermittlung von normativen Grundlagen (Werte, Haltung) als notwendige Grundlagen verantwortlichen Handelns und Entscheidens in unübersichtlichen und komplexen politischen wie gesellschaftlichen Situationen.

Ad 3) Rahmenbedingungen Politischer Medienbildung – gesamtgesellschaftliche Ebene

Politische Medienbildung muss nicht zuletzt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene betrachtet werden. Letztlich legitimieren strukturelle und systemische Fragen die Praxis Politischer Medienbildung.

Was also brauchen wir auf der gesellschaftlichen Ebene? Welche Strukturen müssen (neu) geschaffen oder ertüchtigt werden? Was ist bildungspolitisch nötig, um je nach Zielgruppe adäquate Bildungsangebote zu entwickeln? Wie können die formulierten Kompetenzanforderungen umgesetzt werden und welche Ressourcen und politischen Rahmenbedingungen sind dafür nötig? Wie können und müssen bestimmte ethische Fragen neu thematisiert werden? Etc.

Dazu gehören auch Machtfragen im öffentlichen Raum, wie z.B.: Wer bestimmt den Diskurs? Für wen öffnen sich durch die Digitalisierung (welche) Räume für das individuelle und kollektive politische Handeln und für wen schließen sie sich? Wie ist es um den Zugang zu Wissen (Wissenshierarchien) und Informationen bestellt? Wie sehen die gesellschaftlichen Bedingungen von (digitaler) politischer Partizipation aus?

Zugänglich ist diese Ebene Politischer Medienbildung vor allem über Gremien, Jugendvertretungen, Vereine, Mitbestimmungsorgane und Parteien. Eine wichtige Rolle spielt außerdem Aufmerksamkeit für junge Menschen über Medien mit großer Reichweite. Gleichzeitig kann diese Ebene in den meisten Fällen nur in Vertretung durch junge Menschen erreicht und gestaltet werden. Hier müssen daher Repräsentations- und Sprecher*innen-Erfahrungen für junge Menschen geboten werden, um Einfluss nehmen zu können – und zwar mit den Kompetenzen, die sie durch eine kritisch-reflexive Medienpädagogik und Politische Medienbildung entwickelt haben.

Fazit und Forderungen

Demokratie, Freiheit, Frieden, Gleichberechtigung und Weltoffenheit sind keine Selbstverständlichkeit. Jede*r kann dazu beitragen, diese Werte zu leben, sich dafür einzusetzen und Demokratie lebendig zu gestalten. Politische Medienbildung kann und muss Verantwortungsbewusstsein stärken, Möglichkeiten aufzeigen, politische Verantwortung wahrzunehmen und auszuüben, sowie

- gleiche Würde und gleiche Rechte aller Menschen als notwendige Voraussetzung für die Gestaltung einer pluralen und offenen demokratischen Gesellschaft anerkennen und politische Kräfte ablehnen, die das negieren,
- dazu befähigen, das eigene Handeln innerhalb wie außerhalb medialer Räume zu verantworten, Position zu beziehen, sich politisch zu äußern und damit auch Identität herzustellen,
- analytische Fähigkeit stärken, gesellschaftliche Prozesse erfassen zu können und dieses analytische Wissen auf sich selbst, das eigene Verhalten und Handeln beziehen zu können,
- dazu beitragen, gesellschaftliche Konflikte öffentlich zusammenzutragen, um sie gemeinsam auffangen und bearbeiten zu können und damit verantwortungsvoll Machtdiskurse zu überwinden.

Das alles erfordert von Politischer Medienbildung darüber hinaus

- politische Strategien in Medien aufzuzeigen und lebensweltnah zu reflektieren,
- Bedürfnisse, Wünsche und Ängste der Adressat*innen aufzugreifen,
- Optionen zur mündigen politischen Meinungsbildung aufzuzeigen,
- Möglichkeiten politischen Handelns sichtbar zu machen sowie
- das Bewusstsein für Teilhabe zu fördern und Gelegenheitsstrukturen zu bieten;

in Bezug auf Meinungsbildung

- durch Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen und deren Aufarbeitung im Rahmen kreativer Medienarbeit in der Meinungsbildung zu unterstützen,
- Lebensbezüge zu gesellschaftlichen und politischen Themen für Kinder und Jugendliche herzustellen und sie zu unterstützen, sich dazu in Beziehung zu setzen,
- Respekt für Meinungsfreiheit und Meinungspluralismus und die Kenntnis von Machtverhältnissen in einer diversen Gesellschaft zu stärken,
- klassische Nachrichten ebenso wie Influencer*innen und Bewegtbild als Informationsquelle und Kommunikationskanal zur Meinungsbildung ernst zu nehmen,
- über themenzentrierte Medienarbeit die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, ihre subjektiven Erfahrungen, Perspektiven und Interessen als Ausgangspunkt zu nehmen und in Bezug zu größeren politischen Phänomenen zu setzen,
- die Erkenntnisse, die Kinder und Jugendliche daraus für sich ziehen, zu reflektieren und mit diesen gezielt Meinungsbildungsprozesse bei ihnen zu unterstützen.

Einen speziellen Stellenwert hat die institutionalisierte und politische Gestaltung von Rahmenbedingungen für politische Medienbildung. Diese umfassen alle Bereiche des Zusammenlebens in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in sozialen Kontexten und insbesondere auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung – in politischen Institutionen, aber auch im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements oder anderer Strukturen demokratischer Beteiligung und Teilhabe.

Als medienpädagogische Fachgesellschaft setzt sich die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) dafür ein, diese Ziele und Werte gegenüber Entscheidungsträger*innen mit Nachdruck vorzubringen und auf ihre Verwirklichung und Umsetzung hinzuwirken. Politische Medienbildung als pädagogisches Vorhaben mit verschiedenen Ziel- und Altersgruppen und

insbesondere mit jungen Menschen erfordert angemessene (politische, juristische, soziale, ökonomische) Rahmenbedingungen.

Politische Medienbildung allein kann eine gelingende vielfältige Demokratie nicht garantieren. Eine solche Demokratie ohne politische Medienbildung hingegen ist ein Ding der Unmöglichkeit.

*Autor*innen (in alphabetischer Reihenfolge)*

Dr. Guido Bröckling, Prof. Dr. Bianca Burgfeld-Meise, Prof. Andreas Büsch, Prof. Dr. Valentin Dander, Rüdiger Fries, Dr. Friederike von Gross, Dr. Georg Materna, Kristina Richter, Susanne Schmitt, Björn Schreiber

Praxisbeispiele und Materialien der GMK

Herausragende Projekte politischer und kultureller Medienbildung: https://dieter-baacke-preis.de

Good-practice-Materialien, Konzepte und Projekte gegen Hass im Netz, zusammengestellt durch das GMK-Team bei toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation: https://hass-im-netz.gmk-net.de/good-practice-sammlung/ [Stand: 02.06.2025]

Kompass für gelingende politische Medienbildung: https://hass-im-netz.gmk-net.de/kompass/ [Stand: 02.06.2025]

Über die GMK

Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK), Bundesverband für Medienpädagogik und Medienbildung, setzt sich für die Förderung einer ganzheitlichen, umfassenden Medienpädagogik und Medienkompetenz ein. Hierbei gilt es, soziale, ethische, kulturelle, kreative und politische Aspekte mit technischen Kompetenzen und Voraussetzungen zu verknüpfen. Die GMK wurde 1984 als bundesweiter Zusammenschluss von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Medien gegründet. Als gemeinnütziger Verein und Fachverband für Institutionen und Einzelpersonen ist die GMK Plattform für Diskussionen, Kooperationen und neue Initiativen. www.gmk-net.de; gmk@medienpaed.de

Anmerkungen

1 Siehe auch www.gmk-net.de/2016/06/17/digitale-datenerhebung-und-verwertung-als-herausforderung-fuer-medienbildung-und-gesellschaft/ [Stand: 02.06.2025].

2 Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin. Abrufbar unter: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/download_lauterhass.php [Stand: 02.06.2025].

Lizenz

Der Artikel steht unter der Creative Commons Lizenz **CC BY-SA 4.0**. Die Namen der Urheber*innen sollen bei einer Weiterverwendung genannt werden. Wird das Material mit anderen Materialien zu etwas Neuem verbunden oder verschmolzen, sodass das ursprüngliche Material nicht mehr als solches erkennbar ist und die unterschiedlichen Materialien nicht mehr voneinander zu trennen sind, muss die bearbeitete Fassung bzw. das neue Werk unter derselben Lizenz wie das Original stehen. Details zur Lizenz: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.

Einzelbeiträge werden unter www.gmk-net.de/publikationen/artikel veröffentlicht.